



KREISVERBAND ZOLLERNALB | PROJEKTGRUPPE

SOZIALE GERECHTIGKEIT

PROTOKOLL

Sechste Sitzung am 16. Januar 2017 in der Stadthalle Balingen (Royanstüble)

TOP 1: Anmerkungen zum Protokoll vom 14.11.16

Die Agenda 2010 mit der Hartz-Gesetzen hat durch die Absenkung des Arbeitslosengeld 2 auf Sozialhilfeniveau zu Ungerechtigkeit bei Arbeits-losen, die vorher gearbeitet haben, gegenüber Sozialhilfeempfängern geführt und zu einem starken Druck, auch prekäre Arbeit anzunehmen. Erst die Einführung des Mindestlohns 2015 hat hier eine (noch ungenügende) Grenze nach unten eingezogen (seit 1.1.17 EUR 8.84). Das politische Motto war: besser schlechte Arbeit als gar keine. Tatsächlich sind die Erwerbstätigen im Schnitt 2016 auf das Rekordhoch von 43,4 Millionen gestiegen und die Arbeitslosigkeit auf das Rekordtief von 2,7 (3,5) Millionen gefallen. Jedoch ist unklar, was und wieviel davon auf die Hartz-Gesetze (Niedriglohnsektor) bzw. auf die bessere Konjunktur zurückzuführen ist.

Jedenfalls ist das Ansehen der SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit durch die Agenda 2010 geschädigt worden.

TOP 2: Thema: "Prekäre Arbeit"

Zusammenfassung der Referate von Sabine Knoop über Leih- und Zeitarbeit und Rene Rönisch über Prekäre Arbeit im Dienstleistungsbereich und Ergänzungen:

1. Zahlen zum Umfeld

(Anm.: Zahlen nur ungefähr, da nicht immer von 2016 verfügbar)

Wohnbevölkerung 82,4 Millionen davon Zuwanderung in 2015 +960 000 in 2016 +300 000. 73,5 Millionen =89% deutsche Staatsangehörige., 8,9 Millionen =11% Ausl.; 17,2 Millionen =21% mit Migrationshintergrund

Die Bewohner mit Migrationshintergrund sind im Schnitt etwas jünger. Deshalb ist der Anteil der Erwerbstätigen mit 40:46% und der Rentner mit 11:26 % niedriger, der Anteil unterstützter Familienangehörige (Kinder, Ehefrauen) mit 36:22% und der ausschließlich von staatlicher Unterstützung Lebender mit 12:5% höher.

2. Zahlen zum Arbeitsmarkt

Erwerbstätige 43,4 Millionen, davon 4,3 Millionen =10% Selbständige u. Freiberufler; 39 Millionen =90% abhängig Beschäftigte, davon 1,17 Millionen Beamte und 32 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte – davon 24,8 Millionen Vollzeit, 3,4 Millionen Teilzeit über 20h und 7,5 Millionen sog. „atypisch Beschäftigte“

Die Erwerbstätigkeit verteilt sich auf Öffentlicher Dienst 4,8 Millionen, Produzierendes Gewerbe 7,3 Millionen, Baugewerbe 2,2 Millionen, Private Dienstleistungen (Handel, Banken, Versicherungen, Medien u.a.) 15,1 Millionen u.a.

3. Prekäre Arbeit

prekär=schwierig, bedenklich. Prekäre Arbeit= ausbeuterische Arbeitsverhältnisse mit zu niedriger Entlohnung, ungesicherten Arbeitsbedingungen, willkürlichen Arbeitszeiten und schlechten Rahmenbedingungen z.B. Urlaubsanspruch u.a.).

Ursachen und Vorkommen:

Prekäre Arbeitsverhältnisse entstehen vor allem da, wo die Arbeit von den kapitalistischen Marktbedingungen her als geringwertig eingeschätzt wird und die Schutzfunktion durch Tarifpartnerschaft mangelhaft ist, also so-wohl die Arbeitnehmer nicht gewerkschaftlich organisiert, bzw. keine betriebsrätliche Interessenvertretung haben, als auch die Arbeitgeber keinem Arbeitgeberverband angehören. Die einzelnen Arbeitnehmer sind in der Regel zu schwach, um bessere Entlohnung und Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Außerdem werden sie durch die sog. Hartz-Gesetze gezwungen, nahezu jede Arbeitsgelegenheit anzunehmen.

Prekäre Arbeit entsteht nicht zuletzt durch Auslagerung von Arbeiten zu in- oder ausländischen Firmen mit Niedriglohn und langen Arbeitszeiten und kaum vorhandener Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Solche Auslagerungen findet man in nahezu allen Branchen, auch im öffentlichen Bereich. Sie sind im Rahmen einer liberalen Marktwirtschaft gewünscht.

Sie erhöhen den Druck auf die Kernbelegschaften und haben durch die Ausweitung der EU und die Globalisierung zugenommen. Sie werden durch Konsumenten gefördert, die sich vor allem am billigen Preis orientieren.

Prekäre Arbeit entsteht auch dadurch, dass die Arbeitgeber das Risiko von Schwankungen im Anfallen der Arbeit einseitig auf die Beschäftigten ab-wälzen. Dies geschieht durch Leiharbeit, befristete Arbeitsverträge (ins-besondere Berufsanfänger), totale Flexibilisierung der Arbeitszeit (kapazitätsorientierte Arbeitszeit, uneingeschränkte Verfügbarkeit über Internet), mehr Teilzeitverträge als nötig und von Arbeitnehmerinnen gewünscht, Diese Ausnützung eines Flexibilitätspolsters findet sich auch in Großbetrieben der Metallindustrie.

Prekäre Arbeit findet man in Deutschland besonders häufig bei haushalts- und familiennahen Dienstleistungen (z.B. ausländische Pflegekräfte), im Putz- und Reinigungsgewerbe, in der Gastronomie, im Frisörhandwerk und allgemein im privaten Dienstleistungssektor.

Rene Rönisch weist darauf hin, dass es auch bei Selbständigen und Freiberuflern prekäre Arbeitsverhältnisse und Selbstausbeutung gibt, z.B. Künstler, sog. Scheinselbständige, Start-Up-Unternehmen, die aus der Arbeitslosigkeit heraus gegründet wurden.

Arten prekärer Beschäftigung:

Es überschneiden sich die Beschäftigung im sog. „Niedriglohnsektor“ und die sogenannte „atypische Beschäftigung“.

Der Niedriglohnsektor wird von den Ökonomen definiert: Alles was unterhalb von 2/3 des mittleren Lohnes (nicht Durchschnittslohn!) liegt. Der mittlere Lohn liegt zurzeit bei EUR 15 pro Stunde, die Niedriglohngrenze damit bei EUR 10 pro Stunde. Das betrifft 25% der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten = 8 Millionen

Anmerkung: Der Niedriglohn macht nur bedingt eine Aussage zur Armut, weil er sich nur auf die Erwerbstätigkeit einer einzelnen Person bezieht und die Einkommenssituation der Familie nicht berücksichtigt.

Zu den ca. 8 Millionen „**atypisch Beschäftigten**“ (= 25%) zählen:

- **Teilzeit unter 20h:** Ca. 4,8 Millionen, überwiegend Frauen; 13% wollen mehr arbeiten. Die SPD hat ein Gesetz vorgelegt, das die Aufstockung erleichtern soll
- **Befristete Arbeitsverhältnisse ca. 2,5 Millionen = 8%.** Bei Akademikern liegt die Quote bei 12%, bei 25-34jährigen bei 18%
- **Minijobber (bis 450 EUR): 2,5 Millionen** davon 850 000 Migranten, ca. 300 000 im Haushalt
- **Leiharbeit knapp 1 Millionen**

Leiharbeit/Zeitarbeit (Sabine Knoop):

Zeitarbeiter/innen sind selten freiwillig, sondern häufig durch Lebensumstände zu dieser Arbeitsform gekommen = Brüche in der Erwerbsbiographie durch Familienpause, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Abbruch der Ausbildung, bei Ausländern: Nichtanerkennung ihrer Ausbildung.

Die Anforderungen an die Flexibilität hinsichtlich der verschiedenen Tätigkeiten und Arbeitszeit ist größer als bei Normalarbeitsverhältnissen; die Bezahlung ist in der Regel schlechter. Der Arbeitsdruck ist hoch, weil es sich meist um Termingeschäfte handelt. In der Entleiherfirma sind die Zeitarbeiterinnen argwöhnisch beäugte Außenseiter und Konkurrenten und manchmal auch Sündenböcke der Stammbelegschaft.

Zeitarbeitsfirmen haben sich in den letzten 10 Jahren ausgebreitet. So beschäftigt z.B. die Firma Randstad derzeit 20 000 Mitarbeiter/innen. Sie sind dort vertraglich angestellt und werden von dort verliehen. Vom Arbeitsamt zugewiesen, erfüllt die Zeitarbeitsfirma die konkrete Arbeitsvermittlung und entlastet damit die Agentur für Arbeit. Das unternehmerische Risiko der Zeitarbeitsfirma wird auf die Arbeitnehmer abgewälzt: Kein Auftrag = Urlaub und Überstunden abfeiern, dann kein Lohn.

Der Vorteil der Entleiherfirmen liegt weniger im Finanziellen, da Kosten und Gewinne der Zeitarbeitsfirma mit bezahlt werden müssen. (Frage: Wie groß ist diese Spanne?). Der Vorteil liegt vor allem in der Flexibilität. Solange der Pool der Zeitarbeitsfirmen ausreicht, können sie jederzeit Arbeitskräfte erhalten und von einem Tag auf den andern fortschicken, ohne dass sie das Risiko von

Krankheit übernehmen müssen. Zeitarbeiter/innen sind für sie austauschbare Spielfiguren. Das arbeitsmarktpolitische Ziel, dass Zeitarbeiter/innen in feste Arbeitsverhältnisse übernommen werden wird selten erreicht. Da das Gesetz jetzt eine Übernahme nach 18 Monaten vorschreibt, dauert die Entleiher entsprechend kürzer.

Die Auswirkungen prekärer Arbeit auf die Lebensplanung der einzelnen und auf die sozialpolitische Situation sind beträchtlich:

Prekäre Arbeitsverhältnisse bewirken eine instabile Lebenssituation, in der das Bedürfnis nach sozialer Sicherheit und positiver Zukunftsperspektive nicht erfüllt wird. Die Aussichten auf eine berufliche Karriere mit entsprechender Gehaltssteigerung sind gering. Die Familiengründung bzw. der Wunsch nach weiteren Kindern wird stark behindert. Die Schaffung von Eigentum (z.B. Wohneigentum) ist kaum möglich. Auch Kredite zur Anschaffung von Gebrauchsgütern (z.B. Auto) sind schwer zu erhalten. Das Angewiesen Sein auf ergänzende Sozialleistungen (Wohngeld, aufstockende Grundsicherung) erhöht das Gefühl der Abhängigkeit, Minderwertigkeit und ungerechten Behandlung.

Sabine weist darauf hin, dass im Unterschied zum Proletariat vergangener Zeiten, das Prekariat kein politisches Selbstbewusstsein und Engagement zeigt und in der Individualisierung des Problems stecken bleibt. Die Gefahr besteht jedoch darin, dass die Leute im Prekariat sich entweder bei Wahlen gar nicht mehr beteiligen oder aus Protest AfD wählen.

Politische Folgerungen:

Prekäre Arbeit muss zurückgeführt werden. Das Ziel kann nicht heißen „möglichst viel Arbeit“, sondern „möglichst viel gute Arbeit“. Dazu bedarf es einer gemeinsamen Anstrengung der Gewerkschaften und linker politischer Kräfte, insbesondere der SPD. Rene weist auf den schlechten Organisationsgrad hin. Die Gewerkschaftszugehörigkeit ist seit 1991 von 40 auf 15% gefallen. Innerhalb des Prekariats ist sie verschwindend gering. Dabei erhebt sich die Frage, ob nicht auch der Beitrag von 1% des Bruttolohns ein zu großes Hindernis darstellt.

Die SPD hat bisher nur marginale Verbesserungen durchgesetzt: Mindestlohn, geringe Verbesserungen für Zeitarbeiter/innen wie z.B. allmähliche Lohnanpassung, Maßnahmen zur Teilzeitaufstockung, Verbesserung von Wohngeld. Das generelle Problem: wie kann der volkswirtschaftliche Gewinn gerechter zwischen Kapital und Arbeit verteilt werden (= Erhöhung der Lohnquote) ist zwar prinzipiell eine Aufgabe der Tarifpartner, aber ohne entsprechenden politischen Druck der Öffentlichkeit kaum durchsetzbar. Jetzt, in Zeiten der Fast-Vollbeschäftigung aber am ehesten möglich. Bei Tarifvereinbarungen kann mit Einverständnis der Tarifpartner das Arbeitsministerium die Allgemeinverbindlichkeit für alle – auch die nicht tarifgebundenen Betriebe – anordnen. Davon muss möglichst viel Gebrauch gemacht werden. Die Arbeitsagenturen sollten wieder ihre Aufgabe der Arbeitsvermittlung voll wahrnehmen, statt auf Zeitarbeitsfirmen abzuwälzen.

TOP 3: Stand zum Thema Eigentum statt Miete

Fast alle Parteien haben das Thema Wohnungsbau als Wahlkampfthema entdeckt. Andreas Raschke verweist auf das Impulspapier der Landes-SPD. Darin wird ein „Familienbaugeld“ auch für den ländlichen Raum gefordert. Wir wollen aber einen Staatszuschuss für Familien zum Erwerb von

Wohneigentum und zwar nicht nur unter dem Gesichtspunkt „mehr Wohnungen“, sondern „mehr Eigentumsbildung als Baustein für mehr soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit“.

Wir wollen unser Anliegen weiter in die Partei einbringen.

TOP 4: Termine

- 20.02.2017 - 19 Uhr: **Öffentliche Veranstaltung zum Wohnungsbau** mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Rita Schwarzenlöhr-Sutter MdB im Zollernschloss in Balingen
- 13.03.2017 – 19:00 Uhr: **Nächste Projektgruppensitzung**
Thema: Zwischenbilanz, Diskussion über „Was können wir wo und wie politisch umsetzen“ im Royanstüble in der Stadthalle Balingen

Klaus Fütterer

Balingen, den 23. Januar 2017